

Der Tagesspiegel, 21.01.2011, **Probesitzen gegen Neonazis**, Johannes Radke,
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/probesitzen-gegen-neonazis-/3714216.html>

Sitzstreik vor der sächsischen Landesvertretung: Berliner Aktivisten haben am Donnerstag schon einmal für den Ernstfall am 19. Februar geübt; dann soll in Dresden der größte Nazi-aufmarsch Europas verhindert werden soll.

Hinsetzen, einhaken und sitzen bleiben - mit einem öffentlichen Training vor der sächsischen Landesvertretung in Mitte haben am Donnerstag Aktivisten für ihre Sitzblockaden am 19. Februar in Dresden geübt. Dann wollen wieder tausende Neonazis aus ganz Europa durch die Dresdner Innenstadt marschieren.

„Ich halte friedliche Sitzblockaden für ein legitimes Mittel“, sagte die 24-jährige Maren. „Wir können doch nicht einfach zusehen, wie Neonazis diese Stadt für einen Tag übernehmen.“ Die Politik-Studentin saß auch 2010 in Dresden auf der Straße. Damals war es rund 12 000 Gegendemonstranten erstmals gelungen, den jährlichen Aufmarsch zu verhindern.

Fast zehn Stunden lang blockierten sie bei Minusgraden die geplante Route. Mehr als 200 Reisebusse mit Nazi-Gegnern aus ganz Deutschland fuhren nach Dresden, davon rund 30 aus Berlin.

„Wir rechnen allein aus Berlin wieder mit weit über tausend Aktivisten“, sagte Judith Förster vom Bündnis „Dresden-Nazifrei“. Die Nachfrage nach Bustickets sei enorm. Jede Woche müssten weitere Busse gechartert werden. Am Dienstag rief neben den Grünen und der Linken auch die SPD offiziell dazu auf, sich an den Protesten in Dresden zu beteiligen. Für Samstag lädt das Bündnis ab 11 Uhr zu einem Aktionstag mit letzten Informationen und Workshops zu den Blockadeaktionen in die Alice-Salomon-Hochschule nach Hellersdorf ein.

Auch in Berlin steht bald die nächste ultra-rechte Veranstaltung an. Am 4. März will die Bürgerbewegung Pro Deutschland im Rathaus Steglitz-Zehlendorf einen neuen Kreisverband gründen. Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ kündigte Demonstrationen an.

MDR, 21.01.2011, **Enttäuschung über Urteil zu Nazi-Aufmarsch**, -,
<http://www.mdr.de/sachsen/8134791.html>

Das Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichtes zum Neonazi-Aufmarsch vom 13. Februar 2010 in Dresden sorgt in der Politik und bei Polizeigewerkschaft GdP für Enttäuschung. Die Polizei steht laut GdP-Chef Bernhard Witthaut nun "zwischen Baum und Borke".

Sachsen Innenminister Markus Ulbig ist über das Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichtes zur Blockade der Neonazi-Demo am 13. Februar 2010 enttäuscht. Ulbig erinnerte daran, dass vor rund einem Jahr in der Landeshauptstadt auch viele Frauen und Kinder an den Blockaden teilnahmen. Es sei nicht möglich gewesen, die Straßen zu räumen. Ulbig geht davon aus, dass die Polizei verantwortungsbewusst handelte. "Ich kann nur sagen, die Polizeiführung hat am 13. Februar 2010 hochprofessionell gearbeitet und aus meiner Sicht die richtigen Entscheidungen getroffen."

"Bürger sollten sich in Menschenketten einreihen"

Der Innenminister rief die Bürger auf, sich in diesem Jahr zahlreich in die geplanten Menschenketten einzureihen und die Polizei in keine schwierige Situation zu bringen. "Je mehr Menschen bereit sind, sich diesem friedlichen Aufruf anzuschließen und damit ein Zeichen im Herzen der Stadt zu setzen, umso deutlicher werden die Aktivitäten der Rechtsextremen ins Abseits gestellt werden."

Nach der am Donnerstag vom Dresdner Verwaltungsgericht getroffenen Entscheidung hätte die Polizei den Trauermarsch der Neonazis ermöglichen müssen. Geklagt hatte die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland, die seit Jahren am 13. Februar Neonazi-Aufmärsche in Dresden organisiert. Der NPD-Landesvorsitzende und Fraktionschef im Landtag, Holger Apfel, begrüßte die Entscheidung.

Linke: Höchstrichterliche Entscheidung wurde ignoriert

Der Rechtsexperte der Linken im Sächsischen Landtag, Klaus Bartl, sagte, das Verwaltungsgericht habe mit seiner Entscheidung ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) vom November 2009 ignoriert. Das BVG habe festgestellt, dass Nazi-Propaganda aufgrund der besonderen deutschen Geschichte nicht als Bestandteil des breiten Spektrums schützenswerter Meinungen anzusehen sei. "Offenbar existiert eine gewisse Schwerhörigkeit mancher Richter gegenüber Urteilen im fernen Karlsruhe", sagte Bartl. Er halte es auch für schlicht unvorstellbar, dass sich die Polizei bei den Nazi-Demos am 13. und 19. Februar in Dresden

durch das "nicht nachvollziehbare Gerichtsvotum" von einem besonnenen und auf Deeskalation angelegten Vorgehen abbringen lässt.

GdP: Polizei nach Urteil in "schwieriger Situation"

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, sieht die Polizei nach dem Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichts vor einer schwierigen Situation. Die Polizei müsse jetzt einen Spagat leisten. Zum einen sei das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zu schützen. Zum anderen seien Gefahren abzuwehren "von denjenigen, die auch das Recht in Anspruch nehmen". In einer solchen Situation stehe die Polizei zwischen Baum und Borke. Witthaut appellierte an alle Demonstranten, gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden. Gelingen das nicht, müsse die Polizei genehmigte Neonazi-Demonstrationen künftig mit allen Mitteln schützen. Das täte ihm aber in der Seele weh, meinte der GdP-Vorsitzende.